

Mörder verfügen ihre Haftentlassung

Zum Fall Gürtner veröffentlicht die Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 5. August als Antwort auf die Erklärung der bayrischen Regierung noch einmal genaues Material chronologisch geordnet, was wir in folgendem kurz wiedergeben: Einer der am Mord Beteiligten, der Oberleutnant Braun, wurde durch den Oberamtmann Fried (Der nötige Haftbefehlsgesuch?) davon in Kenntnis gesetzt, daß der Mörder sich gegen Braun und Kautler richtete. Der Polizeipräsident Köhner nahm das Material der Abteilung VI die schon Verhandlungen vornehmen wollte, fort und übergab es der Abteilung I, die aber zu denselben Resultaten wie die Abteilung VI kam. Der Staatsanwalt Strick erließ gegen eine Reihe der Beschuldigten Haftbefehle die Unternehmung Köhners war erfolglos geblieben. Es wird einer der am Mord Beteiligten, Bäurer, festgenommen. Bei einer Hausdurchsuchung in seiner Wohnung wird eine Pistole, Kaliber 765, gefunden. Ein Polizeikommissar berichtet, der Hauptmann über die Ermordung, Kautler, habe sich geflüchtet, bei dem Mord habe ihm zuzuhören, damit nichts herausskommt. Dieser Lorenz wird nicht als Zeuge vernommen.

Der Staatsanwalt Strick führt, da ihm der Fall gefällig scheint, nach Augsburg. Er kommt um eins an, am 12. erscheint Dr. Gabesmann und Holt der Staatsanwalt sowie den Oberstaatsanwalt Kraus vor Auto nach München. Um drei Uhr kommen die drei im Justizministerium in München an und werden sofort von dem damaligen Oberregierungsrat Dr. Gürtner empfangen. Nach einer einündigen Besprechung ergibt sich, daß alle Haftbefehle aufgehoben werden. Bäurer, der sehr verdächtig ist, wird entlassen, und ein Haftbefehl, der gegen die Entlassenen Einwendungen erhebt und eine Haftentlassung nach sich zieht, wird aufgehoben und muß den Untersuchungsrichter zurücknehmen. Einer der Mörder, Reichold, der auch wegen einer Morbfähigkeit verfolgt wird, wird auch wieder entlassen. Der „Vorwärts“ schreibt dann weiter:

„Und nun bemerkt sich Herr Dr. Gürtner darauf, daß er den Staatsanwälten, als diese zu ihm kamen, keine besondere Anweisung gegeben habe. Damit überlegt er etwas — nach bekannter Zeit — was niemand bezweifelt hat. Es ist richtig, er hat den Staatsanwälten keine direkte Anweisung gegeben, er hatte das gar nicht nötig. Dr. Gabesmann hatte vorgeberlich. Nicht darin liegt die Schuld des Dr. Gürtner, sondern in einem anderen.“

Als die Staatsanwälte kamen, war Dr. Gürtner den Zweck ihres Kommens bereits eingeweiht. Wer hat das befragt? Das offensichtlich dieselbe Stelle, die den Dr. Gabesmann nach Augsburg entsandte: von dieser Stelle aus wurden 2 Herren kommiss. Dr. Gabesmann, der die Staatsanwälte holen, ihnen beibringen sollte, wie man in München über die bevorstehenden Verhandlungen dachte. Dr. Gürtner, der gewissermaßen dann das Siegel und Wapen setzen sollte unter die hierauf zu verändernde und veränderte Anschauung der Staatsanwälte. Nicht das, was er den Staatsanwälten gesagt hat, ist das Entscheidende, sondern das Entscheidende ist, er hat unter Einwirkung seines Gehirns und seiner Stellung die Staatsanwälte in ihre schicksalstrahlende Stellung gebracht. Und das, obgleich ihm in jeder Hinsicht die Person, die ihn in Bewegung setzte.

Wer ist die Person, die Stelle, die Gabesmann und Gürtner in Richtung auf die Staatsanwälte in München geschickt hat?

Dieser Punkt ist zu entscheiden, das ist eintritt, was bei den Mündigen keinen immer eintritt, wenn die Sache verständig wird, niemand kann sich erinnern. Dr. Gabesmann weiß nicht mehr, wer ihn geschickt, Dr. Gürtner nicht, wer das Justizministerium in Bewegung gesetzt hat.

Wir wollen versuchen, dieses Rätsel zu lösen, soweit es mit anderen Umständen geht. Der Kraus und Fried und Gabesmann selbst hat nach München führen, da Kraus Oberstaatsanwalt Kraus, was wohl das schone Auto gefahre, in dem sie führen? Und Dr. Gabesmann folgt: das gehört dem Oberförster Scherz. Scherz ist darüber später befragt worden; er sagte, er habe nie ein Auto gesehen, das mit einem solchen Auto der Landesregierung der Einwohnern gemietet sei, da eine solche Autos zur Verfügung hat (von denen sie das herab zur Ermordung der Sandmeier, das andere zur Ermordung des Hartung).

Wo aber fanden diese Autos der Landesregierung? Bei der Wirtschaftsbildung der Landesregierung.

Wer aber war der Vorstand der Wirtschaftsbildung und wer verfügte über die Autos? Der Oberleutnant Braun.

Wer aber ist der Oberleutnant Braun? Er, das ist dieselbe, gegen den der Staatsanwalt Strick 20 Stunden zuvor den Haftbefehl erlassen hatte, wegen Verwicklung zum Mord, und den die Münchener Polizei jetzt eben lüdt.

Das wäre nun freilich der Gipfel, wenn der Mörder die Staatsanwälte in deren Auto dem Justizministerium zugeführt hätte, damit sie dort, „Bericht erstatten“.

Vielleicht überlegt sich Herr Dr. Gürtner das alles ganz genau, daß er nicht sich auf Gedächtnisstützen zu berufen braucht, wenn er in Berlin als Zeuge vernommen wird.“

Der Magdeburger Mordskandal vor der Lösung

Magdeburg, 5. August.
Nachdem die Frau des verhafteten Schreders ein Geständnis abgelegt hat, daß sie von dem Mord an dem Buchhändler Wihe, hat heute auch Schreders den Mord eingestanden.
Die Berliner „Vossische Zeitung“ bemerkt, daß der Verdacht besteht, daß nicht der Schreders von sich aus Haas verhaftet habe, sondern, daß ihm diese Anweisung von dem Kriminalinspektor ten Gold in den Mund gelegt wurde.
(Eig. Drahtmeld.) Berlin, 6. August.

Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, wurde gestern früh die Schwester Schreders festgenommen. Bei ihr, die in Magdeburg wohnt, fand man den Hauptantrag ihres Bruders, mit dem er im März vorigen Jahres Stellung nach Groß-Pöhlitz erlassen gelobt hatte. Auch war es die, welche hatte, aus dem Leppich der Wohnung Schreders die Blausäure auszuwählen. Während der Haft ihres Bruders hand hat mit ihm in ständiger Fühlungnahme, welche ihn oft und hielt die Verbindung mit seiner Braut in Köln aufrecht.

Wenn durch die vorliegenden Tatsachen auch der Mord selbst zeitlos aufgeklärt ist, so sind keine politischen Beteiligten mit ande nicht aus der Welt geschafft. Wir fragen Herrn Göring, was seinen Fall gegen die Schwarzweisse Partei, Richter- und Kriminalkommissionen zu tun, die mit allen Mitteln einen Unschuldigen in den Tod bringen wollte? Wir raten auf Antwort.

Beweismaterial ist zu liefern!

Ein ungeheuerlicher Anblick der Thüringer Regierung Die deutsche Reaktion will der Arbeiterschaft die letzten politischen Rechte rauben. Der allein soll den Reichsminister und die Koalition zerschlagen werden. Darum ist jetzt unser Material gegen den Roten Frontkämpfer-Bund fabriziert werden.

Die Thüringer Regierung (und auch andere Regierungen) hat gegen den Roten Frontkämpfer-Bund und Gewerkschaften gerichtete:

Ständiges Ministerium des Inneren und Wirtschaft, Weim., Ammeres.
Jensen 1770-1784
III. P. 2.

Nachrichtendienst. Weimar, den 19. Juli 1926.

Westf. A.P. Bewaffnung. Vertraulich!

Nach verteilten Nachrichten scheint sich die SPD, zurzeit erneut mit der Veranlassung zu befaßen und auch waffenliche Vorbereitungen zu neuen Aktionen durchzuführen zu wollen.

Besonderes Augenmerk scheint sie in letzter Zeit darauf zu richten, möglichst viel Schuhschellen und Handgranaten in den Händen der Parteimitglieder zu haben. Die Handgranaten der Kommunisten scheinen außerdem auch die Herstellung von Handgranaten und Bomben gerichtet zu sein, insbesondere auf die Verwendung von Nitro-Glycerin für beschleunigte Handgranaten. Das Nitro-Glycerin soll zu verwenden werden, daß es in Wasserlösungen gelöst wird und die abzugeben in den betreffenden Sprengkörper demastet werden. Die Parteimitglieder sollen einstimmen, daß in erster Linie die Mitglieder des A.P. für die Beschaffung mit Waffen vorgehen zu sein scheinen.

Es ist auch bekannt, daß die Kommunisten die Frage der bewaffneten Macht der Arbeiterschaft in Deutschland als eine der Grundfragen für die Uebernahme der Macht durch die Arbeiter- und Bauernregierung und späterhin für die Bildung eines unabhängigen sozialistischen Deutschlands betrachten.

Wir erlauben, diese Beziehungen besonders zu beachten und um sofort Mitteilung zu machen, wenn irgendwelche Tatsachen die Vermutung rechtfertigen, daß die SPD, bzw. der A.P. erneut die Bewaffnungfrage erörtert oder zur Bewaffnungsbefähigung streift.

In Vertretung des: Dr. G. e. r.

Ferner ist auch den Polizei- und Gendarmerieoffizieren empfohlen worden, die Bewegung der Gewerkschaften besonders zu beachten. Ungefährlich ist es bekannt geworden, daß unter den Gewerkschaften (sich) nach München) werden. Wie solche Fälle sofort der Regierung gemeldet werden.

Wie aus dem Magdeburger Skandal, wie aus anderen Fällen folgen sollen zu ergeben ist, liefert Polizei und Justiz jedes geschehen in die „Vossische Zeitung“. Es ist zu erwarten, daß mit ungenügender Geheimhaltung die Presse gegen den Roten Frontkämpfer-Bund und die Arbeiterschaft überhaupt verfahren wird. Darum muß sich die Arbeiterschaft in der geschlossenen Front nicht eng, noch enger zusammenhängen, um die Verhütung der Reaktion zurückzuführen, die mit solchen unheimlichen Methoden arbeitet.

Fortdauernde Provokationen der Berliner Polizei

Zwischenfälle auf dem Nachweis Gormannstraße

(Eig. Meld.) Berlin, 5. August.

Heute mittag provozierten Polizeibeamte vor dem Arbeitsnachweis in der Gormannstraße die dort auf die Aufforderung wartenden Arbeitlosen, die sie wegen „Behinderung des Verkehrs“ auseinanderreiben wollten. Die Räume des Arbeitsnachweises sind so eng — der größte Teil der Berliner Arbeitlosen muß auf diesen Nachweis gehen — daß die Arbeitlosen notwendigerweise auf der Straße vor dem Nachweis stehen. Die Polizei hat ein Ueberfallkommando und hielten sich sogar auf Polizeifahrern die Verhinderung herbei. Die Polizei ging mit erstickten Karabinern und Gummihäupteln aus brandtliche vor. Ansehenden wollten die Schutzoffiziere die Vorzeichen des gefährlichen sind, muß indirekt sogar die „Vossische Zeitung“ zugeben, die fordert, daß die Wache für den Bezirk, in dem der Arbeitsnachweis liegt, mit ruhigen und älteren Beamten besetzt werden müsse.

Beschlagnahme über Beschlagnahme

(Eig. Drahtmeld.) Berlin, 6. August.

Am gestrigen Donnerstagnachmittag 3/4 Uhr beschlagnahmten Kriminalbeamte in den Räumen der Leitung des A.P. auf Veranlassung des Polizeipräsidenten die gesamte Auflage der für die Propaganda gegen den imperialistischen Krieg herausgegebenen „Verebroshchik des Roten Frontkämpfer-Bundes“, „Krieg den imperialistischen Kriegen!“ Die Beschlagnahme erfolgt, wie die Beamten mündlich mitteilen, wegen der auf den Seiten 3, 4 und 18 abgedruckten Gedichte: „Krieg dem Krieger!“ von Johannes R. Becher und „Mute Soldaten“ von Canaris und wegen eines auf Seite 18 abgedruckten Auszuges aus dem Buche „Es lebe der Krieger!“ von Bruno Bauer. Es lebe der Krieger!“ von Bogel ist im Verlag „Die Wäpse“ erschienen und war beschlagnahmt. Es mußte von der Staatsanwaltschaft vor kurzem freigegeben werden.

Keine Verfassungsfeier in Bayern

Wittermeldungen aus München zufolge wird in diesem Jahr eine amtliche Verfassungsfeier in Bayern nicht stattfinden. An der Verfassungsfeier der republikanischen Parteien und Verbände, die am Sonntag in der Flugzeughalle des Ausstellungspalastes abgehalten werden wird, wird die bayerische Regierung offiziell nicht vertreten sein.

Man kann der bayerischen Regierung die Konsequenz nicht absprechen. Während sich in Berlin die Rede zur Verfassungsfeier halten will, zieht es Bayern, so, sogar auf diese Punkte zu verzichten. Die Schwarzweisse Partei wird sich freilich demgegenüber diesen Streich der bayerischen Regierung einfallen. „Schwarzgold“ kann wirklich stolz auf seine Ergrünungsfeier sein.

Der Friede ruht auf Gas



Auch Bayern gegen den Potemkin-Film in neuer Fassung

(Eig. Meld.) München, 5. August.

Bayern hat aus den gleichen Gründen wie Westfalen den Antrag gestellt, die Erlaubnis zur Aufführung des Potemkin-Films in Bayern zu verweigern und hat seine Botschaft: Patrie! — Kommentar überflüssig.

Ein Brief Wilhelms des Deutschen

(Eig. Drahtmeld.) Berlin, 6. August.

Wie die „Vossische Zeitung“ mitteilt, hat Kaiser Wilhelm ein Doorn folgenden Brief erhalten:

„Der einzige Weg zum Frieden ist der der Entschlossenheit. Ich bin bereit, mit dem Deutschen Reich und dem Deutschen Volk, das geungewonnen Verfaller führt, der auf der Kriegsführung beruht, zu beistehen und Deutschland wieder als Weltmacht unter seinem Kaiser aufzurichten. Ohne die Erfüllung dieser Bedingungen wird es niemals Frieden geben. Der deutsche Kaiser, der die Weltöffentlichkeit, während 30 Jahre, nicht konnte. Mit Gottes Hilfe wird er es noch fünfzig Jahre.“ Auf allerhöchsten Befehl S. M. des Kaisers und Königs.

Der Gewerkschaftsvorstand des Textilarbeitersverbandes Arm in Arm mit den Sozialisten

(Eig. Drahtmeld.) Dresden, 6. August.

Nachdem eine Anzahl Dringenden des Textilarbeitersverbandes Dresden, die sich dem Sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorstand angeschlossen haben, die von dem Vorstand der Sozialdemokratischen Gewerkschaften gebührende Verbotsunterschiede Heibel und Winter werden nunmehr der Verbandsvorstand diese Forderung als „unvorsorglich“ und „ungehörig“ bezeichnet und die Ablehnung angeht.

Ein bürgerliches Urteil über die SPD-Kolonialkriege

(Eig. Meld.) Berlin, 5. August.

Wir berichten vor wenigen Tagen über die militärische Kolonialdemokratie in Hamburg. Im Ehrenausdruck des Sozialdemokraten Röh, Schneider, Bauer und Eichenlaub, namhaften SPD-Führer von Groß-Hamburg, sagte: „Der Berliner Tagebote“ mußte über diesen Kolonialkrieg folgendes feststellen:

„Diese Demonstration war ... eine sühnere Entschlossenheit, sich denn auch unter anderem in der verhältnismäßig geringen Anteilnahme der Bevölkerung äußerte. Wiederum, wie bei dem Sozialdemokraten, war auch die geistige Verarmung durch den hergehört vom militärischen Willen. Am Freitag erschienen sehr nur militärische Kameradschaften mit ihrer hellweißen Fahnen. Außerdem wurden ausschließlich Militär und tschechische Truppe geschickt. Nur einige kolonialdemokratische Offiziere in voller Uniform mit ihren roten Ehrenzeichen. Auch der Begrüßungsband trug den Namen eines deutschen Nationalen Heeres.“

Eine Frage an die sozialdemokratischen Arbeiter: In der Zeitung gemeldet wird, wenn wir fragen, Die sozialdemokratischen Führer sind gegen den realen Imperialismus ist es nicht mehr die harte Forderung einer Sozialdemokratie, sozialdemokratische Kolonialkriege, aufzugeben, die sozialdemokratischen Widerstand des Kriegsausbruchs, ist die Sozialdemokratie, die sozialdemokratischen Führer in einem fremden August gar nicht mehr ungenügend brauchen, wie dies am 4. 1914 der Fall war.

Die Pläne der nordamerikanischen Delegation in Mexiko

(Eig. Drahtmeld.) Washington, 6. August.

Die an einem Sturz der Regierung Calles interessierten magnaten haben beim Staatsdepartement einen Vorschlag angenommen, das Verbot der Waffenexporte nach Mexiko aufzuheben. Die Aufhebung des Verbots der Waffenexporte würde die waffnenlose Kontinentalarmee in Mexiko gegen die Regierung Calles und für die Interessen der nordamerikanischen magnaten dienen. Die Petroleum-Gesellschaften glauben, in Kalifornien eine günstige Gelegenheit für einen solchen Schritt erhalten zu haben.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Eine Landtagsinterpellation. Nach einer Wittermeldung die kommunische Landtagsinterpellation einen Antrag auf Verurteilung des Ständigen Ausschusses zwecks Stellungnahme zu Magdeburger Justizfall gestellt. In einer großen Antwort an das Staatsministerium die Frage gerichtet, ob es der Landtagsinterpellation die notwendigen Aufschlüsse mitteilen, die gegen die in der Magdeburger Justizfallinterpellation enthaltenen Vorwürfe worden sind. Außerdem wird Mitteilung darüber verlangt, warum der Justizminister sein Verlangen gegen Kölling eingeleitet hat.

Bayrische Kommunisten vor dem Reichsgericht. Vor dem Reichsgericht des Reichsgerichts haben sich jetzt auch die bayrischen Kommunisten zu verantworten, die sich wegen Verleumdung des Reichsgerichts und Verleumdung des Reichsgerichts gefangen haben. Der Prozeß soll mehrere Tage dauern.

SPD gegen Weisensee. Gestern Abend wurde auf dem Hauptplatz in Nordosten Berlins Anhänger der SPD, die den Vortrag hielten, von Mitgliedern des A.P. daran gehindert, Polizeibeamte wollten einen A.P.-Kameraden festnehmen, die verformte Menge die Beamten angriff und den A.P. bedrohte. Es ist nur zu verständlich, daß sich die Arbeiter der verfallenen Bevölkerung dagegen wehren, daß die Arbeiter und sonstige bürgerliche Organisationen ungehindert ihre Abstammungspolitik treiben können, wo auf der anderen Seite revolutionäre Arbeiterbewegung tagtäglich neue Unterdrückung erfährt.

Falkenhetzen in Polen. Im Grodno wurde auf dem russischen Sozialistenführer, Namens Michael Surin, der in Grodno ein Hotel besitzt, in welchem er mit dem russischen Abgeordneten Regula eine Besprechung hatte. Surin wurde von zwei Augen seiner Verleumdung. Die Täter sind entkommen. Surin mußte, das Attentat einen politischen Hintergrund haben.

Frau Wilson fährt nach Genf zur Völkerbunderversammlung. Wie die Präsidenten Wilson ist an Bord des „Vostok“ in Genf angekommen. Das internationale Protokoll wird auf einwöchige neue 14 Punkte bereinigen.

Stillschließliche Kundgebungen in London. In London Kundgebungen werden durch die Führung einer öffentlichen Versammlung Gegenüberstellungen veranstaltet. Die Demonstrationen strittimeren die Fenster des Verfallensministeriums. Polizei nahm nach einem Handgemenge mehrere Verhaftungen vor.

Gewerkschaftsbewegung

Die Forderungen der Landarbeiter widerstandslos preisgegeben

Ein Wirtshaus-Bieg des Herrn Saupé - Kämpft für die Revolutionierung des DVB.

Ein glänzender Abend... Betriebsrat... Die Besetzung der... Die Besetzung der... Die Besetzung der...

Ein glänzender Abend... Betriebsrat... Die Besetzung der... Die Besetzung der... Die Besetzung der...

Ein glänzender Abend... Betriebsrat... Die Besetzung der... Die Besetzung der... Die Besetzung der...

Rongez der Werftigen

Ein glänzender Abend... Betriebsrat... Die Besetzung der... Die Besetzung der... Die Besetzung der...

Ein glänzender Abend... Betriebsrat... Die Besetzung der... Die Besetzung der... Die Besetzung der...

Ein glänzender Abend... Betriebsrat... Die Besetzung der... Die Besetzung der... Die Besetzung der...

Nacht Schluß mit den Reformisten im Landarbeiter-Verband

Ein glänzender Abend... Betriebsrat... Die Besetzung der... Die Besetzung der... Die Besetzung der...

Ein glänzender Abend... Betriebsrat... Die Besetzung der... Die Besetzung der... Die Besetzung der...

Ein glänzender Abend... Betriebsrat... Die Besetzung der... Die Besetzung der... Die Besetzung der...

Verhindert die Zerstückelung Eurer Organisationen!

Ein glänzender Abend... Betriebsrat... Die Besetzung der... Die Besetzung der... Die Besetzung der...

Ein glänzender Abend... Betriebsrat... Die Besetzung der... Die Besetzung der... Die Besetzung der...

Ein glänzender Abend... Betriebsrat... Die Besetzung der... Die Besetzung der... Die Besetzung der...

Ausbeutung der Arbeiter im Eisenbahn-

Ein glänzender Abend... Betriebsrat... Die Besetzung der... Die Besetzung der... Die Besetzung der...

Ausbeuerungswert Halle a. d. S.

Ein glänzender Abend... Betriebsrat... Die Besetzung der... Die Besetzung der... Die Besetzung der...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gv:3:1-1713370-16691561019260806-14/fragment/page=0007



Der Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: 10 Pf. monatlich 2.20 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark. Einzelheft 10 Pf. Bezugspreis: 13 Pfennig für den Millimeter 550 und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Zeitl. Manuskripte zu richten nach Halle, Verlagsstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2331. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Postkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Verlagskonto: Leipzig 1068 48 Rita Rod. Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Freitag, 6. August 1926

6. Jahrgang • Nr. 183

Die Erwerbslosen und der Kongreß der Werttätigen

Wenn diesen die Kommunisten, abgesehen von einigen isolierten Organisationen keinen Reichsarbeiterskongreß veranstalten? Warum müssen sie sich auf die Kammerparlamentarier beschränken? Warum müssen sie sich auf die Kammerparlamentarier beschränken? Warum müssen sie sich auf die Kammerparlamentarier beschränken?

Die englischen Bergarbeiter rufen: Helft uns!

(Eig. Drahtm.) London, 6. August. Der englische Bergarbeiterverband hat an die Bergarbeiter-Internationale und die einzelnen Landesorganisationen einen telegraphischen Appell gerichtet, in dem die internationale Arbeiterschaft aufgefordert wird, die Unterstützung für die streikenden Bergarbeiter noch mindestens vier Wochen lang fortzusetzen, da die nächsten Wochen im Bergarbeiterkampf die Entscheidung bringen werden. Die Abstimmung der Bergarbeiter über den letzten Vorstoß der Bischofs ist noch im Gange. Die Front ist trotz aller Terrormaßnahmen der Regierungsbehörden unerschüttert. Einzige Bergarbeiterführer werden von harten Polizeiverhaftungen befreit, in den Protesten werden Massenversammlungen vorgenommen, die sich in den letzten Tagen bis auf 700 belaufen haben. Die Streikposten werden isoliert und unter verschiedenen Vorwänden verhaftet und verurteilt. Für die Stimmung der Bergarbeiter waren die Massenversammlungen und der glänzende Verlauf der Demonstrationen während der letzten Rundreise des Bergarbeitersekretärs Cool bezeichnend. In einzelnen Städten wurde er mit MassenDemonstrationen mit 50 000 bis 60 000 Demonstranten empfangen.

jeder Ueberrichten im Bergbau, generelle Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit, das sind die Forderungen, für die der B.M.B. das Bergarbeiterparlament in die Schranken rufen muß. Ein jeder deutscher Arbeiter ist sich bewußt, daß dieser Kampf nicht nur die unmittelbare Unterstützung der in hohem Maße leidenden englischen Brüder bedeutet, sondern daß er im ureigenen Interesse der deutschen Bergarbeiter und der gesamten deutschen Arbeiterschaft liegt.

Eine Schande für das deutsche Proletariat

Die B.M.B. in Braunschweig hat zur Förderung der neuen Sammelaktion besondere Effekten herausgegeben. Das Blatt der SPD, die sich nichts zur Unterstützung der hungernden Arbeiter im Bergbau, vom Hunger bedrohten Bergarbeiter und ihrer Familienangehörigen unternimmt, will sogar praktische Solidarität verweigern. Das SPD-Blatt veröffentlicht folgende Notiz:

„Falsche Streiklisten.“

„Wie mitgeteilt wird, gehen in den Betrieben Listen um, auf denen für die englischen Bergarbeiter gesammelt wird. Es ist deshalb daran zu erinnern, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund wie der B.M.B. die Sammlungen mit Bezeichnung des Gewerkschaftsbezirks in England einstellt hat. Die jetzt umlaufenden Listen gehen von den Gewerkschaften nicht aus.“

Angewandt demasteten sich hier die Amtsdame. Sie gefahren: Wir sammeln nicht für die Effekten über 3 Monaten im Kampf streikenden Bergarbeiter, obwohl sie wiederholt dringend um Hilfe gebeten haben, obwohl sie an die proletarische Solidarität appellierten, damit sie nicht der Hunger zur Unterwerfung zwingt. Die Amtsdame misshandelt solche Hilfe. Die Hungernden sollen keine Hilfe, kein Brot erhalten, das heißt, das Kapital soll liegen.

Damit es so gehehe, darum begehrt man auch noch die Gemeinlichkeit zu unterstellen, die Effekten der J.B.S. seien gefälscht. Der Bergarbeiterverband hat sich bewußt, den englischen Bergarbeiter 7500 Pfund zu überweisen, monatlich Cool dänkt quittiert, indem er gleichzeitig um weitere finanzielle Hilfe bittet. Das SPD-Blatt gibt die Antwort. Es fordert die Arbeiter auf: Sammelt nicht, spart nicht für die englischen Bergarbeiter!

Ihr aber rufen den Werttätigen zu: Werdet nicht Betrüger an Eurer eigenen heiligen Sache, an der Sache des Proletariats in seinem Kampfe gegen das ausbeutende Kapital! Geht den letzten Groschen für die englischen Bergarbeiter! Geht ihnen, ihren Frauen und Kindern Brot!

Die Kohlenförderung in Deutschland liegt

Die englischen Bergarbeiter kämpfen Während die englischen Bergarbeiter von ihren Kollegen auf dem Kontinent und von den Bergarbeiter-Internationale im Licht gelassen werden, die englischen Bergarbeiter aber trotzdem ihren Kampf gegen die englischen Bergarbeiter heftig verfolgen, liegt in Deutschland unmittelbar die Kohlenproduktion, welche die Rechte der deutschen Grubenbarone. Während die Steinkohlenförderung des Ruhrgebietes im Mai bereits 8340 000 Tonnen betrug, stieg sie im Juni weiter auf 9 210 000 Tonnen und für Juli rechnet man bereits mit über 10 000 000 Tonnen. Die arbeitsfähige Förderung stieg vom Mai bis Juni von 847 000 auf 974 000 Tonnen, d. h. um fast 8 Prozent, während die Belegschaft nur von 365 000 auf 368 000, also noch einmal 3 Prozent, vermehrt wurde. Daraus läßt man ersehen, daß die infolge des Bergarbeiterstreiks betriebene Konjunktur wohl zu erhöhter Förderung und erhöhten Unternehmenserträgen geführt hat, aber auf Kosten der deutschen Bergarbeiter, deren Ausbeutung sich nur noch verschärft hat.

Der Bergarbeiterverband muß aus dieser Entwicklung die nötigen Konsequenzen ziehen. Nur solange diese günstige Konjunktur mit einem Kampf im Hintergrund führen. Abrechnung

colorchecker CLASSIC



Hüten die Edener-Spende, aber verbieten sie für die englischen Bergarbeiter



Die Edener-Spende, die nach gewiesenermaßen den Lotteriestand des Roten Kreuzes an Korruption übertrifft, erfreut sich höchster behördlicher Förderung, auch von Seiten sozialdemokratischer Führer, während die Arbeiterversammlungen (für die englischen Bergarbeiter) durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Gezeigert verboten wurden. Alle Werttätigen werden mit doppelter Energie für die englischen Bergarbeiter, die seit über einem Vierteljahr in behelfsmäßigem Kampfe gegen das englische Grubenkapital stehen, ihre Solidarität fortsetzen. Auch Du, sozialdemokratischer Kollege, räume nicht länger mit Deiner Hilfe.

treiben, die größten Semmnisse. Er beschleunigt den Aufmarsch großer Arbeitermassen aus dem reformistischen Lager ins Lager des revolutionären Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie. Alle Mandate der sozialdemokratischen Führer werden diesen Aufmarsch nicht verhindern können. Weder die ägigen Phrasen Marx' Copiens, noch die tabuliert aufgestellten Maßstäbe der höchsten jugendlichen Eifer werden die Umgestaltung der Lager des deutschen Proletariats hemmen. Die Verhaftung der Kollegen gegenüber führt die sozialdemokratischen Arbeiter ins Lager der proletarischen Einheitsfront und bereitet die Isolierung der offenen

Ein Kongreß, der die Vertreter der wichtigsten Betriebe, der Arbeiter in den Gewerkschaften mit den Erwerbslosenvertretern vereinigt, ist mehr als ein Erwerbslosenkongreß. Er ist ein Kongreß, der die Bourgeoisie verurteilt, die Arbeiterhaft in verschiedene Stufen zu halten, durch die industrielle Reservearmee der Erwerbslosen den Druck auf die Arbeiter in den Betrieben zu vergrößern und durch Denial der Stilllegung den Widerstand gegen die Massenarbeitslosigkeit zu brechen, während sie durch die Einstellung der Massenarbeitslosigkeit die Erwerbslosen selbst halten und die Erwerbslosen ausbeuten will, muß jeder Kampf der Erwerbslosen die Arbeiterkräfte ausgeben von einer Zusammenfassung der Kräfte, vom Zusammenstoß der Erwerbslosen und Betriebsstätten, von der Aufstellung eines gemeinsamen politisch-wirtschaftlichen Kampfprogramms. Deshalb muß der Kongreß der Werttätigen im Sinne, die verschiedenen Stufen zum Widerstand gegen Nationalisierung und Verelendung zusammenzuführen, zu verurteilen, in das breite Bett einer revolutionären Massenbewegung zu lenken.

Ein gangbarer stützter Ausführungen der „Leipziger Erklärung“ sind um so merkwürdiger, als die Listen der Erwerbslosen zu unterstützen. Speziell in Sachen haben sie nicht die Aufgabe der Kommunisten auf Erhöhung der Unterstützung zu richten, sondern auch alle Maßnahmen der Gewerkschaften unterstützen, die gegen die Mobilisierung der Erwerbslosen in Demonstrationen, Erwerbslosenausweisungen, Erwerbslosenunterstützung gerichtet waren. Die Stellungnahme der SPD-Führer besonders hervorzuheben, die sie ihren Einfluß in den Arbeitermassen juristisch drängt und die sozialdemokratischen Arbeiter mit kommunistischen und parteilosen Arbeitern zu einer revolutionären Aktion zusammenführt. Zum anderen ist es Teil des Kampfes gegen die Erwerbslosigkeit, die Erwerbslosen der Werttätigen, den die SPD-Führer - auch hierin die Liste und Liste zusammen - begreifen haben und den sie zum kommenden Wochen verurteilt fortsetzen werden. Denn der Kongreß bedeutet den Schritt zur unparteilichsten Unterstützung der deutschen Arbeiter. Er bereitet den politischen Kollisionspunkt, der offenen und verdeckten Koalition der Bourgeoisie, wie sie die sozialdemokratischen Führer be-